

Konferenzbericht

Vergesellschaftung: Strategien für eine demokratische Wirtschaft 7-9.10.2022, Berlin

www.vergesellschaftungskonferenz.de

Inhaltsverzeichnis:

Vergesellschaftung: Strategien für eine demokratische Wirtschaft

1. Die Ausgangslage: Die Demokratisierung der Wirtschaft als post-neoliberale Zukunft
2. Das Programm der Konferenz
 - Strang 1: Strategien rund um die Eigentumsfrage – Konzepte und theoretische Überlegungen zu Vergesellschaftung
 - Strang 2: Aktuelle Kämpfe und Kampagnen um Eigentum - Bewegungen und ihre Erfolge im Fokus
 - Strang 3: Eigentumsfragen und Vergesellschaftung in weiteren Sektoren - Ausgangsbedingungen und strategische Möglichkeiten
 - Strang 4: Aus Vergangenen lernen – ein Blick in die Geschichte von Kämpfen um Demokratisierung und Vergesellschaftung
 - Strang 5: Einblicke in die politische Ökonomie einer demokratisierten Wirtschaft
 - Strang 6: Globale Perspektiven auf die Eigentumsfrage - Vergesellschaftung als Weg zu globaler Gerechtigkeit
 - Strang 7: In die Praxis - Skillsharing, Vernetzung und der praktische Aufbau einer Vergesellschaftungsbewegung
 - Panel 1: Believe the Hype - Vergesellschaftung als Weg zum guten Leben für alle?
 - Panel 2: Demokratische Wirtschaft - eine alternative politische Ökonomie nach der Vergesellschaftung
 - Panel 3: Allianzen rund um die Eigentumsfrage - Wie erkämpfen wir gemeinsam Vergesellschaftungen?
 - Panel 4: Guess who's back? - Die Eigentumsfrage
3. Bericht von der Konferenz

1. Die Ausgangslage: Strategische Vorüberlegungen und inhaltliche Verortung

Ob Finanz-, Corona oder Energiepreiskrise – das Ende des Neoliberalismus wird mit großer Regelmäßigkeit ausgerufen. Doch die zentralen Pfeiler neoliberaler Regierungskunst sind stabil – unabhängige (d.h. undemokratische) Zentralbanken, die Inwertsetzung und Privatisierung von bisher dem Kapital nicht zugänglichen Bereichen der Gesellschaft und die Sozialisierung von privaten Investitionsrisiken bleiben bestehen. In Abwesenheit einer umfassenden gesellschaftlichen Bewegung, die den Status Quo in Gewerkschaften, Parteien und außerhalb der Parlamente in Frage stellt, werden wir noch lange mit dem Neoliberalismus zu tun haben.

Trotzdem stellen die Entwicklungen der letzten Jahre zentrale Grundpfeiler des neoliberalen Kapitalismus infrage. Während die Zentralbanken schon lange daran scheitern über die Zinspolitik und Anleihenkäufe private Investitionen anzutreiben, spitzen sich mit der Inflation soziale Krisen weiter zu. Die klassisch neoliberale Antwort durch Zinserhöhungen die Wirtschaft zu bremsen, Arbeitslosigkeit zu erhöhen und dadurch die Lohnentwicklung zu bremsen funktioniert nicht mehr, denn die Preisentwicklung wird durch andere Faktoren angetrieben. Daraus folgt allerdings nicht das Ende des neoliberalen Kapitalismus, sondern eher die Frage nach möglichen Transformationspfaden. Diese wird im Moment vor allem von den herrschenden Klassen beantwortet.

Während zum Teil Zugeständnisse in Form von Entlastungspaketen oder Übergewinnsteuern gemacht werden, bleiben die meisten Antworten im neoliberalen Paradigma der Sozialisierung von Risiken und Verlusten (zum Beispiel bei der Gasumlage). Auch in Bezug auf die ökologische Transformation setzt sich zunehmend das ‚Derisking‘ durch, das darauf beruht Märkte durch staatliche Absicherung von Risiken herzustellen. Langfristig werden dadurch jedoch weder soziale Verwerfungen noch ökologische Zerstörung verhindert.

Welche Transformationspfade wären darüber hinaus denkbar? Während ein rechter Backlash eine ernstzunehmende Gefahr bleibt, geraten auch linke Politikmodelle an ihre Grenzen. Die Strategie, den Staat zu kapern und mithilfe von günstigen Zinsen unsere maroden Infrastrukturen zu sanieren und die ökologische Transformation vorzubereiten (Green New Deal) ist bisher gescheitert. In Zukunft muss und wird es daher wieder mehr um Umverteilungsfragen gehen müssen.

Die einfachste und konsequenteste Lösung für die Inflations- wie Klimakrise wäre eine Vergesellschaftung der Wirtschaft – von den Energiekonzernen bis zu den Zentralbanken. Diese ist jedoch nur am Reißbrett einfach und in den bestehenden Machtverhältnissen unrealistisch. Trotzdem lohnt es sich die Frage zu stellen, wie eine ernsthafte Antwort auf die Krisen unserer Zeit aussehen könnte. Wie wir dahin kommen diese umzusetzen wird die zentrale Frage der nächsten Jahre.

Die Linke ist für die aktuelle Situation historisch schwach aufgestellt. 40 Jahre Verteidigungskämpfe, geschwächte Gewerkschaften, zahme NGOs, kleine oder eingebundene linke Parteien und eine zerstreute radikale Linke, die sich auf einzelne Themen und Bewegungen fokussiert prägen das Bild. Aufgrund dieser organisatorischen Schwäche der Linken gelingt es ihr nicht, sich in den aktuellen Krisen als Alternative zu präsentieren. Corona hat die gesellschaftliche Rechte gestärkt, der Krieg in der Ukraine den Militarismus und den Aufbau neuer fossiler Infrastruktur zurückgebracht und der herrschende Block kann zwar nicht mehr auf die Zustimmung der breiten Bevölkerungsschichten bauen, bleibt aber unangefochten herrschend. In einigen Bereichen zeigen sich zwar Brüche und kleine Erfolge wie bei den

Entlastungsstreiks in Krankenhäusern oder dem Abstimmungserfolg von Deutsche Wohnen & Co. enteignen! machen Mut. Uns fehlen neben Organisationsmacht und starken parlamentarischen Kräften auch Strategien und Konzepte für einen Umbruch hin zu einer anderen Ökonomie, um die sich ein gegenhegemoniales Projekt formieren könnte.

Wir schlagen vor, progressive Strategien entlang der Eigentumsfrage zu entwickeln mit dem Ziel einer demokratischen Wirtschaft. Um diese Themen könnte sich ein gegenhegemoniales Projekt entwickeln, um das sich die bestehenden Fragmente linker Organisationen gruppieren und in dem sich neue entwickeln können.

Die Vergesellschaftung großer Teile der Daseinsvorsorge ist eine nachhaltige Lösung der gegenwärtigen Krisen und bietet so eine verbindende Perspektive für die fragmentierte Linke. Mit dem Fokus auf die Eigentumsverhältnisse setzt Vergesellschaftung tiefer an als klassische Reformen. Anstatt Probleme nur abzumildern, zielt Vergesellschaftung darauf, Privateigentum und den mit diesem verbundenem Wachstumszwang durch alternative, demokratische Eigentumsformen zu ersetzen, die es ermöglichen, wirtschaftliche Prozesse entlang sachlicher Probleme und gesellschaftlicher Interessen und Bedürfnisse zu gestalten. Damit kann sie vermeintlich widersprüchliche ökologische und soziale Ziele zusammenführen und so eine verbindende Perspektive für verschiedene Interessensgruppen darstellen.

Durch den Erfolg von Deutsche Wohnen und Co. enteignen! Ist deutlich geworden, dass Vergesellschaftungsforderungen, die an den Interessen von Mieter*innen oder Beschäftigten ansetzen mehrheitsfähig und mobilisierend sein können. Wir können daraus lernen, dass es gilt konkret zu werden und zu zeigen, wie mit Vergesellschaftung und Demokratisierung gesellschaftliche Probleme gelöst werden können.

Das politische Projekt einer demokratischen Wirtschaft muss jedoch über einzelne Sektoren, Betriebe oder Regionen hinausgehen und Vergesellschaftung als umfassendes Umbauprojekt denken. Historisch ist der Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ tendenziell mit der Demokratisierung von Einzelbetrieben verbunden und betont entsprechend die demokratische Bestimmung durch Produktionsarbeitende. Arbeitende sind aufgrund ihrer Organisationsmacht und ihrem Wissen essentiell für ein progressives politisches Projekt. Der Begriff „demokratische Wirtschaft“ stellt darüber hinaus die gesamte lohnabhängige Klasse in den Vordergrund und ist damit in der Lage unterschiedliche gesellschaftliche Interessen zusammenzubinden. An einer solidarischen Vergesellschaftung und Orientierung an gesellschaftlichen Bedürfnissen - zum Beispiel in Energie- oder Wohnraumversorgung, Mobilität und Care-Bereichen etwa - haben alle mitzureden.

Das ist nicht zuletzt wichtig, weil ein transformatives politisches Projekt nur sektorübergreifend denkbar wird. Das lässt sich insbesondere an der gegenwärtigen Energiepreiskrise zeigen. Die Enteignung und Demokratisierung von Energiekonzernen kann hier nur ein Baustein einer größeren gesellschaftlichen Veränderung sein. Die Vergesellschaftung von Energie müsste darüber hinaus auf unterschiedliche - den entsprechenden Kontexten und ökonomischen Voraussetzungen angemessenen - Organisations- und Eigentumsformen setzen. Dazu gehört unter anderem ein zentral verwaltetes Energienetz, sowie eine weitgehend dezentrale Energieproduktion mit Beteiligung von Arbeitenden, Konsument*innen und Betroffenen. Während der Energiesektor bisher von intransparenten und oftmals profitorientierten privaten, staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen gesteuert wird und zur Abschöpfung von Wert sowie der Versorgung einer immer weiter wachsenden Industrie dient, ginge es in einer demokratischen Wirtschaft darum, die Energieversorgung in öffentlicher Hand entlang eines ökologisch verträglichen Bedarfs zu planen und Energie gerecht zu verteilen. Dazu gehören

kostenlose Energiekontingente für Verbraucher*innen und damit eine Dekommodifizierung der Ware Energie, sowie eine demokratische und am ökologischen Umbau und gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte Verwaltung industrieller Energienutzung. Hier stellen sich – unmittelbar verbunden mit der Vergesellschaftung des Energiesektors – schwierige Fragen von Rück- und Umbau verschiedener Industrien sowie einer allgemeinen Reduktion wirtschaftlichen Wachstums, die aber nur durch Demokratisierung auch als Sachfragen verhandelt werden können. Beispielsweise ist klar, dass bestimmte besonders schädliche Industrien, wie zum Beispiel die Autoindustrie grundlegend transformiert werden müssen und damit Arbeitsplätze in Frage stehen. Staatliche Regulierung von Privatwirtschaft würde schlicht zum Abbau dieser Arbeitsplätze führen. In einer demokratisierten Wirtschaft wäre hingegen die Frage, wie wir Arbeitskraft sinnvoll einsetzen können, denn zu tun gibt es genug – zum Beispiel beim Einbau von Wärmepumpen, dem Ausbau erneuerbarer Energie, dem Wiederauf- und Ausbau maroder Infrastrukturen (vom Schienennetz bis zur Breitbandinfrastruktur) und in einem aufzubauenden Sektor öffentlicher Mobilitätsproduktion.

Damit steht auch die Finanzierungsfrage im Raum, denn für den gesellschaftlichen Umbau sind enorme Investitionen notwendig. Das bestehende Finanzsystem ist jedoch nicht in der Lage gesellschaftlich sinnvolle Investitionen hervorzubringen. Heutige Zentralbankpolitiken zielen darauf ab die Privatwirtschaft durch Anpassung des Zinsniveaus zu Investitionen zu bewegen. Die dadurch generierten Gelder fließen jedoch größtenteils in die Inflation von Vermögenswerten und schlagen sich nur über Umwege in realen Investitionen nieder. Anstatt von außen auf „die Wirtschaft“ einzuwirken, wäre es effizienter gesellschaftlich sinnvolle Investitionen in den Umbau der Wirtschaft direkt zu finanzieren und demokratisch zu verhandeln. Eine demokratisierte und mit neuen Mandaten ausgestattete Zentralbank, gekoppelt mit lokalen demokratischen Investitionsbanken wäre dazu in der Lage, bleibt bislang aber politisch unrealistisch.

Neben Deutsche Wohnen & Co. enteignen! gibt es inzwischen auch andere Initiativen, die auf die Vergesellschaftung von Wohnraum, Krankenhäusern oder Energiekonzernen abzielen. Doch selbst in Berlin, wo Deutsche Wohnen & Co. enteignen! auf eine starke Mieter*innenbewegung aufbauen konnte und wo mit der Linkspartei eine Partei an der Regierung beteiligt ist, die das Projekt unterstützt und so der Volksentscheid im September 2021 gewonnen werden konnte, ist die Vergesellschaftung von Wohnraum noch lange nicht umgesetzt. So zeigt der Fall Deutsche Wohnen & Co. enteignen! auch, dass es an politischer Macht fehlt, um das Projekt einer demokratischen Wirtschaft Realität werden zu lassen. Der Aufbau stärkerer Organisationen und die Entwicklung von Durchsetzungsfähigkeit in politischen Auseinandersetzungen muss deshalb zentraler Bestandteil einer Bewegung für eine demokratische Wirtschaft sein. Diese muss insbesondere die verbindende Organisierung der verschiedenen Fraktionen von Lohnabhängigen umfassen, um Formen der demokratischen Organisation der Wirtschaft vorwegnehmen, die sie anstrebt, um erfolgreich dem Markt entrissene Güter und Produktionsmittel nicht staatlicher Kontrolle zu überlassen.

Das Ende des neoliberalen Kapitalismus kommt also nicht von selbst und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weisen in die falsche Richtung. Die Vergesellschaftung der Wirtschaft ist notwendiger denn je, doch die Kräfte, die das auch erkämpfen könnten sind schwach. Um den Krisen des 21. Jahrhunderts begegnen zu können brauchen wir Konzepte einer Demokratisierung von Wirtschaft aber vor allem politische Durchsetzungsfähigkeit und Organisationsmacht.

—

Weitere Informationen zum Hintergrund der Konferenz im [Podcast](#) „Future Histories“ mit Max und Lemon von communia, sowie im [Talk](#) des Institut Solidarische Moderne mit Ralf Hoffrogge (DWE) und Max von communia. Fünf Gründe, weshalb es Zeit für eine [Vergesellschaftungsbewegung](#) ist, arbeitet Justus im communia-Blog heraus.

2. Das Programm der Konferenz

Durch die Programmphasen der Konferenz ziehen sich sieben inhaltliche Stränge, die jeweils unterschiedliche Aspekte unserer Konferenzthemen beleuchten. Alle Teilnehmenden nehmen an vier Großpanels statt, in denen themenübergreifende, strategische Fragen beleuchtet werden.

Die unten aufgeführten Beschreibungen der Stränge und Großpanels geben einen Eindruck von den auf der Konferenz besprochenen Inhalten. Das ganze Programm findet sich auf der Konferenzwebseite.

Strang 1: Strategien rund um die Eigentumsfrage – Konzepte und theoretische Überlegungen zu Vergesellschaftung

Gegenwärtige Krisen zeigen: Die Zeit ist reif für eine gesellschaftliche Neuausrichtung hin zu einer demokratischen Verfügung über Gemeingüter. Das Privateigentum ist der Kern einer Wirtschaftsordnung, die ein gutes Leben für alle verunmöglicht. In diesem Strang soll es darum gehen, welches Potenzial die Vergesellschaftungsfrage als Teil eines übergreifenden progressiven Projekts entfalten kann. Ein Strang für konzeptionelle, strategische und auch theoretische Debatten. Wie gelingt es, progressive Allianzen entlang der Eigentumsfrage zu schmieden, die unterschiedliche Gruppen nachhaltig mobilisieren - von Klimaaktivist*innen über Mieter*innen, von lokalen Bürger*inneninitiativen bis zu Gewerkschaften und globalen Bewegungen? Wie kann Vergesellschaftung in den nächsten Jahren zum zentralen politischen Thema werden? In welchem Verhältnis stehen außerparlamentarische Kampagnen um Vergesellschaftung zu den Massenorganisationen des progressiven Lagers (Gewerkschaften, Parteien, Wohlfahrtsverbände)?

Strang 2: Aktuelle Kämpfe und Kampagnen um Eigentum - Bewegungen und ihre Erfolge im Fokus

DWE hat das Referendum gewonnen und mit RWE & Co enteignen und Hamburg enteignet machen sich weitere Vergesellschaftungskampagnen auf den Weg! Dieser Strang stellt gesellschaftliche Teilbereiche vor, in denen bereits politische Kampagnen und Kämpfe um Eigentumsformen stattfinden. Dabei bilden die Initiativen und Akteure unseren Ausgangspunkt, um die politischen Situation in den verschiedenen Teilbereichen Wohnen, Energie, Gesundheit etc. zu diskutieren. Wie können wir Wohnraum und Energieversorgung für alle sicherstellen und nicht für Wenige? Wie geht ein Gesundheitswesen, dass sich am Wohl der Patient*innen und Care-Arbeiter*innen orientiert und nicht an Fallpauschalen? Wir schauen auf bisherige Erfahrungen sowie Strategien und wollen im gemeinsamen Austausch Kräfte für verbindende Kämpfe bündeln.

Strang 3: Eigentumsfragen und Vergesellschaftung in weiteren Sektoren - Ausgangsbedingungen und strategische Möglichkeiten

Warum sind Vergesellschaftungen auch feministische Projekte? Was unterscheidet die Vergesellschaftung der Automobilindustrie von der Vergesellschaftung von Sorgearbeit und der Plattformökonomie? Welche Akteurskonstellationen sind in der Lage Vergesellschaftungen durchzusetzen? In diesem Strang setzen wir uns mit den Ausgangsbedingungen und strategischen Potentialen von Kämpfen um die Eigentumsfrage in unterschiedlichen Sektoren auseinander. Demokratisierung und Vergesellschaftung sind in der Lage soziale, ökologische sowie feministische und antirassistische Forderungen als verbindende Klassenpolitik zusammenzubringen. In diesem Strang wollen wir Strategien entwickeln, wie wir Kampagnen und Bewegungen rund um die Eigentumsfrage in unterschiedlichen Sektoren aufbauen und an bestehende Erfolge und Erfahrungen anknüpfen können.

Strang 4: Aus Vergangenen lernen – ein Blick in die Geschichte von Kämpfen um Demokratisierung und Vergesellschaftung

Welche Erfahrungen in der politischen Vergangenheit wurden in den Kämpfen für eine Ökonomie der Vielen gemacht und welche Lehren lassen sich daraus für zukünftige Ansätze ziehen? DWE hat mit dem Vorschlag zur Enteignung von Immobilienkonzernen Formen von Gemeinwirtschaft wieder auf die Agenda gesetzt. Damit knüpft die Kampagne politisch an eine bewegte Geschichte von Forderungen, Bewegungen und Debatten um Vergesellschaftung an. Daher wollen wir einen Blick auf vergangene Kämpfe wie zum Beispiel die gewerkschaftliche Bewegung zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie und die Sozialisierungsbewegung in der frühen Weimarer Republik werfen und gemeinsam Schlüsse für Organisation entlang der Eigentumsfrage ziehen.

Strang 5: Einblicke in die politische Ökonomie einer demokratisierten Wirtschaft

Welche Erfahrungen in der politischen Vergangenheit wurden in den Kämpfen für eine Ökonomie der Vielen gemacht und welche Lehren lassen sich daraus für zukünftige Ansätze ziehen? DWE hat mit dem Vorschlag zur Enteignung von Immobilienkonzernen Formen von Gemeinwirtschaft wieder auf die Agenda gesetzt. Damit knüpft die Kampagne politisch an eine bewegte Geschichte von Forderungen, Bewegungen und Debatten um Vergesellschaftung an. Daher wollen wir einen Blick auf vergangene Kämpfe wie zum Beispiel die gewerkschaftliche Bewegung zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie und die Sozialisierungsbewegung in der frühen Weimarer Republik werfen und gemeinsam Schlüsse für Organisation entlang der Eigentumsfrage ziehen.

Strang 6: Globale Perspektiven auf die Eigentumsfrage - Vergesellschaftung als Weg zu globaler Gerechtigkeit

In einer von Herrschaftsverhältnissen geprägten und global agierenden Ökonomie lassen sich Vergesellschaftungsfragen nicht auf den nationalen Rahmen verengen. Der globalisierte Finanzkapitalismus beruht dabei bis heute auf (neo-)kolonialen Strukturen und rassistischen Ausbeutungsverhältnissen. In diesem Strang beschäftigen wir uns mit emanzipatorischen Kämpfen und bringen die Vergesellschaftungsfrage in den Kontext globaler Kämpfe, Bewegungen und Diskurse um solidarisches Wirtschaften, koloniale Kritik und

Klimagerechtigkeit. (Wie) Kann für alle, die unter dem status quo leiden, gemeinsam gekämpft werden – im globalen Süden und im Globalen Norden? Was kann im globalen Norden von den Kämpfen im globalen Süden gelernt werden und wie können wir globale Solidarität stärken?

Strang 7: In die Praxis - Skillsharing, Vernetzung und der praktische Aufbau einer Vergesellschaftungsbewegung

Für Vergesellschaftung zu streiten bedeutet Handarbeit. Dazu gehört Kampagnen aufzubauen, eine zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit und politische Narrative, die den Begriff Vergesellschaftung verständlich und konkret werden lassen. In diesen Feldern heißt es auch: von 'DWe' lernen, heißt siegen lernen! In diesem Strang wollen wir überlegen, welche kampagnenstrategischen Elemente von 'DWe' und anderen Bewegungen in den vergangenen Jahren erfolgreich waren, was sich auch andere Felder übertragen lässt und was vielleicht auch nicht. Darüber hinaus wollen wir in diesem Strang auch miteinander überlegen, wie der Aufbau einer überregionalen Vergesellschaftungsbewegung auch nach der Konferenz weiter gehen kann.

Panel 1: Believe the Hype - Vergesellschaftung als Weg zum guten Leben für alle?

Der Erfolg von DWe war ein politischer Paukenschlag! Mit Hamburg Enteignet und RWE & Co. enteignen machen sich schon weitere Akteure auf den Weg, Vergesellschaftungen in Hamburg und deutschlandweit auf die Agenda zu setzen. Gemeinsam mit diesen Initiativen, dem AStA der TU sowie den Beiträgen von Sabine Nuss und Bini Adamczak wollen wir die Konferenz eröffnen und zeigen, welches Potenzial in der Eigentumsfrage steckt.

Panel 2: Demokratische Wirtschaft - eine alternative politische Ökonomie nach der Vergesellschaftung

Bei Vergesellschaftung geht es nicht nur um den Eigentumswechsel, sondern auch um die schwierige Frage: "Was kommt nach der Enteignung". Mit Julia Fritzsche (Moderation), Daniel Loick (Philosoph und politischer Theoretiker), Franziska Wiethold (Gewerkschafterin) und Rabea Berfelde (Deutsche Wohnen & Co. enteignen), sowie einer Videobotschaft von Eva von Redecker (Philosophin und Autorin) wollen wir einen Blick in eine postkapitalistische Zukunft werfen und anschauen, wie eine demokratische Wirtschaft mit einer alternativen Eigentumsordnung konkret aussehen könnte.

Panel 3: Allianzen rund um die Eigentumsfrage - Wie erkämpfen wir gemeinsam Vergesellschaftungen?

Wie schmieden wir belastbare und wachsende Allianzen/Bewegungen/Organisationsformen für Vergesellschaftungen? Mit Lucas Wermeier (Fridays for Future), Kalle Kunkel (Deutsche Wohnen & Co. enteignen), Katalin Gennburg (MdA, DIE LINKE), Knut-Sören Steinkopf (ver.di) und Nina Scholz (Journalistin - Moderation) fragen wir nach den Akteuren und Strategien für eine progressive Erneuerung entlang der Eigentumsfrage.

Panel 4: Guess who's back? - Die Eigentumsfrage

Im Abschlusspanel wagen wir einen Rück- und einen Ausblick. Wie machen wir Vergesellschaftung zum zentralen Thema der 2020er Jahre? Das diskutieren wir mit Mario Candeias (Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung), dem Orga-Team der Konferenz sowie Julia Dück (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Laura Meschede (Klimaschutz und Klassenkampf) und Ruth Kron (Konzeptwerk Neue Ökonomie).

3. Bericht von der Konferenz

Die Konferenz findet vom 7.-9. Oktober 2022 an der TU in Berlin statt. Beim Momentum Kongress werden wir das Programm kurz vorstellen, und dann insbesondere auf drei Vernetzungsslots am Samstag abend eingehen und die Ideen, Projekte und Allianzen, die dort womöglich entstehen vorstellen. Neben dem inhaltlichen Konferenzprogramm kommt diesem Element aus Sicht von communia eine zentrale Rolle zu, in der gemeinsam mit Verbündeten aus sozialen Bewegungen nächste Schritte und Fluchtpunkte einer schlagkräftigen Vergesellschaftungsbewegung konzipiert und vereinbart werden sollen.